

PRESSEMITTEILUNG

9. April 2024

Aufruf für mehr jugendgerechte Mobilität: Denkwerkstatt appelliert an Verkehrspolitik und fordert mehr Jugendbeteiligung

Die Mitwirkenden der Denkwerkstatt Jugendgerechte Mobilitätspolitik appellieren anlässlich der Verkehrsministerkonferenz am 17./18. April 2024 an die politisch Verantwortlichen auf allen Ebenen, künftig Jugendinteressen in der Verkehrspolitik stärker als bisher zu berücksichtigen und Jugendliche selbst an Planung und Umsetzung zu beteiligen.

„Junge Menschen sind stärker als viele andere Altersgruppen darauf angewiesen, dass ihre Mobilitätsbedarfe politisch mitgedacht werden. Wer Verkehrspolitik plant und umsetzt, muss daher junge Menschen beteiligen, um nachhaltige, sichere und bezahlbare Mobilität zu ermöglichen!“, so die AGJ-Vorsitzende Prof. Dr. Karin Böllert.

Die Mitwirkenden der Denkwerkstatt haben Herausforderungen und Lösungsansätze für jugendrelevante Mobilitätsthemen festgehalten. Jugendliche erwarten, dass die Mobilitätspolitik im Einklang mit den planetaren Grenzen gestaltet wird und die deutschen Klimaziele auch im Verkehrssektor eingehalten werden. Zudem wollen sie sicher, selbstständig und zuverlässig ihre Wohn- und Freizeitorte erreichen – unabhängig von ihren Eltern.

Dafür braucht es einen kostengünstigen und zweckdienlichen ÖPNV ebenso wie eine gut ausgebaute Rad- und Fußwegeinfrastruktur, klug verschränkte Mobilitätssysteme und die Berücksichtigung der Interessen aller Jugendlicher in Stadt und Land. Unerlässlich hierfür ist die Beteiligung junger Menschen an den Planungs- und Umsetzungsprozessen in Stadt, Land und Bund, wenn die Weichen für die kommenden Jahrzehnte gestellt werden.

Der vollständige **Appell „Jugendinteressen in der Verkehrspolitik berücksichtigen: Mobil sein und ankommen – jetzt und in Zukunft!“** ist dem Anhang dieser Pressemitteilung beigelegt und online verfügbar unter www.jugendgerecht-mobil.de.

Zum Start der Begleitkampagne *jugendgerecht mobil* findet am 10.4. um 11:00 Uhr eine digitale Diskussionsveranstaltung statt. Programminformationen und eine Anmeldeöglichkeit finden sich auf www.jugendgerecht.de.

Zum Hintergrund

An der Denkwerkstatt „Jugendgerechte Mobilitätspolitik“ wirkten Expert*innen verschiedener Verbände, Behörden und Organisationen aus den Bereichen Mobilität und Jugendpolitik mit. [Weitere Informationen hier](#).

Die Arbeitsstelle Eigenständige Jugendpolitik bearbeitet in der Projektlaufzeit 2023-2025 gemeinsam mit Expert*innen verschiedenster Politikfelder jugendpolitische Gegenwarts- und Zukunftsthemen, um die Perspektiven junger Menschen in den Dialog zu Gegenwart und Zukunft unserer Gesellschaft einzubringen.

V.i.S.d.P.: Franziska Porst, AGJ-Geschäftsführerin **Pressekontakt:** Heidi Schulze / Nils Rusche - jugendgerecht@agj.de

Das Projekt jugendgerecht.de – Arbeitsstelle Eigenständige Jugendpolitik wird aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes im Rahmen der [Jugendstrategie](#) der Bundesregierung gefördert und ist ein Projekt der [Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ](#).

Appell

Jugendinteressen in der Verkehrspolitik berücksichtigen: Mobil sein und ankommen – jetzt und in Zukunft!

Präambel

Verkehrspolitik ist Jugendpolitik. Energieintensive Politikbereiche wie die Mobilitätspolitik sind in der Verantwortung, klimaverträgliche Lösungen für die zahlreichen Herausforderungen zu finden, die sich jetzt und in Zukunft stellen. Handlungsleitend ist hier der sog. Klimabeschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 24. März 2021, welcher klarstellt, dass die Freiheitsrechte künftiger Generationen schon heute gewahrt und verteidigt werden müssen, v.a. durch Einhalten der Paris-Klimaziele. Demzufolge sind alle politischen Vorhaben zur Ausgestaltung des Mobilitätssektors zuerst auf ihre Klimafolgen hin zu bewerten. Die innerhalb dieses Korridors bestehenden Umsetzungsvorschläge sind anhand weiterer Qualitätsaspekte wie „Vision Zero“, soziale Teilhabe, Erreichbarkeit, Nachhaltigkeit, Barrierefreiheit und Flächensparsamkeit abzuwägen.

Jugend erwartet sichere Mobilität!

Mobilitätspolitik betrifft alle Menschen. Dabei haben junge Menschen von zwölf bis 27 spezifische Erwartungen an eine jugendgerechte Mobilitätspolitik, auch wenn ihre Lebenslagen und die Bedingungen im Wohnort sehr unterschiedlich sein können. Sie sind auf einen kostengünstigen, zweckdienlichen ÖPNV sowie eine gut ausgebaute Rad- und Fußwegestruktur angewiesen, um selbstständig und sicher ihre Bildungs-, Arbeits-, und Freizeitstätten erreichen zu können. Auch eine reduzierte Höchstgeschwindigkeit für PKW führt zu mehr Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden. Es kann nicht von allen Eltern erwartet werden, neben Lohn- und Carearbeit auch zuverlässig als Fahrdienst mit einem eigenen PKW zur Verfügung zu stehen. Dies gilt insbesondere für Jugendliche aus armen Elternhäusern, für die dies Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und soziale Mobilität ist. Daher erwarten junge Menschen zu Recht, mit ihren Bedürfnissen bei den Planungsprozessen aller politischen Ebenen ihre Perspektiven und Erwartungen in Beteiligungsprozessen einbringen zu können.

Unterwegs in Stadt und Land für mehr Chancengerechtigkeit

Jugendliche sind oft zu unterschiedlichen Zielen unterwegs: in jungen Jahren spielt der Schulweg eine große Rolle, ergänzt von den Wegen am Nachmittag und Wochenende zu Freizeit, Ehrenamt und Freund*innen. Später kommen Pendelstrecken zwischen dem Elternhaus bzw. Wohnort und dem Ausbildungsort hinzu. Dabei erwarten Jugendliche sowohl in den Städten als auch in ländlichen Gebieten, dass die Bildungsperspektiven – und damit die Gleichheit der Lebenschancen – in allen Regionen des Landes gleichermaßen gewahrt sind und nicht daran scheitern, dass der gewünschte Ausbildungsort aufgrund von finanziellen oder infrastrukturellen Einschränkungen nicht erreicht werden kann. Dies gilt auch für den grenzüberschreitenden Verkehr, der Europa erlebbar macht.

Jugend braucht verschränkte Mobilitätssysteme!

Junge Menschen sind innovativ in der Wahl ihrer Fortbewegungsmittel und nutzen auf dem Weg zum Ziel auch Kombinationen aus unterschiedlichsten Verkehrsmitteln – das Fahrrad, den (E-)Roller, Busse und Bahnen. Die Hürden zur Nutzung sollten dabei niedrig sein und bspw. die problemlose

Mitnahme von Fahrrädern in Bussen und Bahnen gewährleistet werden. Besonders verschärft stellen sich diese Herausforderungen für junge Rollstuhlfahrer*innen, die eine deutlich eingeschränkte Reisefreiheit haben, weil der Zustieg in viele Bahnen des Fernverkehrs nur mit aufwändiger Voranmeldung möglich ist und am Reisetag Verspätungen im Betriebsablauf besonders schwere Folgen haben, wenn sich Reiserouten kurzfristig ändern müssen. Verschränkte Mobilitätssysteme müssen heutzutage auch digital abgebildet sein, um effizient genutzt zu werden.

Vor Ort wirksam beteiligen

Die meisten Mobilitätsentscheidungen mit Wirkung auf junge Menschen werden vor Ort auf kommunaler Ebene getroffen: wie gestaltet und beplant eine Stadt die Straßen, Wege und öffentlichen Räume? Welches Nutzungsverhalten wird zugrunde gelegt, wessen Bedürfnisse gehört? Hier sind Jugendliche an der Verkehrswegeplanung und anderen mobilitätsrelevanten Vorhaben zu beteiligen, um die Anliegen junger Menschen wirksam in die Stadtgestaltung einzubringen. So werden aus Wohnorten Lebensorte.

Jugendgerechte Mobilitätspolitik ermöglichen

Jugendbeteiligung an Mobilitätspolitik ist dabei kein Selbstzweck oder Ausspielen unterschiedlicher Altersgruppen gegeneinander. Viele andere Bevölkerungsgruppen haben ähnliche Anliegen und profitieren von einer Mobilitätspolitik, die die Vielfalt ihrer Nutzungsgruppen mitdenkt. Junge Menschen sind neben direkten Beteiligungsvorhaben auch darauf angewiesen, anwaltschaftliche Fürsprache durch ihre Interessensvertretungen zu erhalten – und dies auf allen politischen Ebenen in Bund, Land und Kommune sowie im europäischen Kontext. Entsprechende gesetzliche Grundlagen zur Beteiligung junger Menschen an Mobilitätspolitik sowie geeignete Förderprogramme sind zu schaffen. Dazu gehört auch mehr wirksame Beteiligung junger Menschen in den Organisationen, welche sich mit Mobilitätsfragen beschäftigen.

Unser Appell:

Die Bedürfnisse und Interessen von jungen Menschen müssen in der Verkehrspolitik mehr berücksichtigt werden, Jugendbeteiligung muss wirksam in Planungsprozessen etabliert und im politischen Raum verankert werden.

Ein jugendgerechter Mobilitätssektor braucht heute eine Politik, die Mobilitätshemmnisse abbaut und seiner ökologisch-sozialen Verantwortung gerecht wird.

Denn Jugend will mobil sein und will ankommen – jetzt und in Zukunft!

Die Mitwirkenden der Denkwerkstatt „Jugendgerechte Mobilitätspolitik“

Der Appell ist das Arbeitsergebnis der Denkwerkstatt „Jugendgerechte Mobilitätspolitik“. Informationen zur Denkwerkstatt und den mitwirkenden Organisationen finden sich online unter www.jugendgerecht-mobil.de und www.jugendgerecht.de/eigenstaendige-jugendpolitik/denkwerkstaetten/jugendgerechte-mobilitaetspolitik

Kontakt jugendgerecht.de - Arbeitsstelle Eigenständige Jugendpolitik c/o

Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe - AGJ, Mühlendamm 3, 10178 Berlin;

Mail: jugendgerecht@agj.de